



Antwort zur Anfrage Nr. 0781/2018 der ÖDP-Stadtratsfraktion betreffend
Leitlinien Bürgerbeteiligung (ÖDP)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wie ist der Sachstand zum Projekt „Leitlinien für Bürgerbeteiligung“?

Zuletzt im vergangenen Jahr wurde im Ältestenrat die Absicht der Verwaltung bekräftigt, in einem sogenannten „trialogischen“ Verfahren in einer extern moderierten Arbeitsgruppe mit je 7 Vertreter/innen aus Fraktionen, Verwaltung und Bürgerschaft den Prozess zur Entwicklung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung anzustoßen und hierzu dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage zukommen zu lassen. Die Fraktionen wurden gebeten, intern bereits einmal über infrage kommende Personen zu entscheiden.

Aufgrund der signalisierten eingeschränkten Ressourcen sowohl bei einzelnen Fraktionen als auch bei der zur Moderation angefragten Stiftung Mitarbeit wurde der Start auf 2018 verschoben. Mit den Vorbereitungen zum ersten Bürgerentscheid gab es für die tangierten Fachbereiche neue Prioritäten und das Einvernehmen im Ältestenrat, nicht während der Vorphase des Bürgerentscheids in einen Leitlinienprozess einsteigen zu wollen.

2. Welche Modelle der Bürgerbeteiligung werden von der Verwaltung präferiert und wie hoch sind die jeweiligen Umsetzungskosten?

Konkrete Modelle möglicher Bürgerbeteiligungsformate anlassbezogen zu diskutieren, ist eine Aufgabenstellung für die genannte Arbeitsgruppe. Insoweit sind hierzu aktuell keine Modelle bzw. deren Kosten zu benennen. Bereits im Mai 2015 hatte die Verwaltung dem Haupt- und Personalausschuss und dem Stadtrat alle Formen der formalen und nonformalen Beteiligungsformate der Landeshauptstadt Mainz zusammengestellt.

3. Wann soll die angedachte Arbeitsgruppe mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtratsfraktionen und der Verwaltung ihre Arbeit aufnehmen, um solche Leitlinien zu entwickeln?

Aufgrund der weiter bestehenden zeitlichen Einschränkungen bei der Stiftung Mitarbeit wurden weitere Moderationsmöglichkeiten hinsichtlich Erfahrung und Kostenaufwände geprüft. Nach einem möglichen Beschluss des Stadtrates in seiner Sitzung im Juni könnte der moderierte Entwicklungsprozess mit einer 21köpfigen Arbeitsgruppe nach der Sommerpause beginnen.

4. Ist vorgesehen, kundige Bürger – z. B. aus den Reihen der Mainzer Bürgerinitiativen – mit in diese Arbeitsgruppe aufzunehmen?

Die Vertreter/innen der Bürgerschaft könnten per Zufallsgenerator aus dem Kreis der bisherigen Teilnehmenden an den Bürgerforen „Meine Stadt. Meine Ideen.“, die ihre Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit erklärt haben und thematisch interessiert sind, ausgewählt werden.

5. Wann sollen entsprechende Ergebnisse dazu den städtischen Gremien vorgelegt werden?

Nach Erfahrungen aus anderen Kommunen ist mit einer Entwicklungsdauer von rund 12 Monaten zu rechnen, sodass die Ergebnisse Ende des nächsten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt und anschließend vom Stadtrat verabschiedet werden könnten.

Mainz, 7. Mai 2018

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister